Beschluss: Wärmewende

Die Bundesdelegiertenversammlung beschließt:

In der Bundesgeschäftsstelle wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle mit dem Mindestumfang einer halben Stelle als "Referent*in für den Bereich Wärmewende und Kommunaler Klimaschutz" geschaffen und besetzt. Soweit möglich, soll die Stelle – auch mit der Nutzung von Fördermitteln – auf eine ganze Stelle ausgebaut werden und unbefristet sein. Im 1. Quartal 2023 wird geprüft, ob die Finanzierung über eigene Mehreinnahmen (z. B. Zinsen von Rücklagen) oder Einwerbung von Drittmitteln gewährleistet werden kann.